

## Haushaltsrede des Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers

zur Einbringung des

### Haushalts- und Investitionsplanes 2017 - 2020

am 27. September 2016

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Mathias Krümpel

Es gilt das gesprochene Wort!!!



**Stadt Rheine**  
Leben an der Ems  
Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Rheine  
sowie die Vertreter der örtlichen Medien,

liebe Rheinenserinnen und Rheinenser!

10 Jahre sind seit der Umstellung des Haushaltssystems von der Kameralistik zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement vergangen. In keinem dieser Jahre ist der Stadt Rheine der – gesetzlich geforderte – Haushaltsausgleich gelungen. Über 100 Millionen Euro Eigenkapital haben wir in dieser Zeit ausbuchen müssen. Für das Jahr 2016 sieht es in der Ausführung momentan so aus, als könnte es erstmalig gelingen, in Rheine einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. Der

Eigenkapitalverzehr wäre gestoppt. Eine tolle Momentaufnahme, die uns auch ein wenig Stolz machen darf. Aber noch mehr soll sie Triebfeder sein, dass dieses auch in der Zukunft ein Regelfall wird. Das wäre ein Schritt zur gelebten Generationengerechtigkeit. Unsere Kinder werden es uns danken!

Der heute eingebrachte Haushaltsplan 2017 – ja, es ist möglich! – weist einen leichten Überschuss i. H. v. 178.726 € aus. Die Entwicklung geht somit in die richtige Richtung. Hierbei spielen interne, aber insbesondere auch externe Faktoren eine große Rolle. In der Zeit von Einbringung bis zur Verabschiedung wird es auch noch zu einigen Veränderungen kommen, so dass der Haushaltsausgleich zunächst nur eine eingebrachte Plangröße ist. Das als kurze Einschätzung vorweg.

Kommen wir zur Haushaltsplanung 2017;

Die Haushalts- und Finanzplanung 2017 - 2020 wurde unter folgenden unveränderten Zielsetzungen entwickelt:

1. Reduzierung des strukturellen Defizits
2. Regelmäßiger Haushaltsausgleich im Ergebnisplan
3. Budgetausweitungen im Ergebnisplan nur bei unabweisbarem Bedarf
4. Keine neuen freiwilligen Aufgaben, die nicht gegenfinanziert (wirtschaftlich) sind
5. Keine Liquiditätskredite
6. Abbau der Verschuldung für Investitionskredite – kurzfristig keine Netto-Neuverschuldung

Auf dieser Basis wurden auch die Budgetgespräche mit den Fachbereichen geführt. Ich als Stadtkämmerer - aber auch der gesamte Verwaltungsvorstand - der Stadt Rheine betrachte einen ausgeglichenen Haushalt als etwas Grundlegendes.

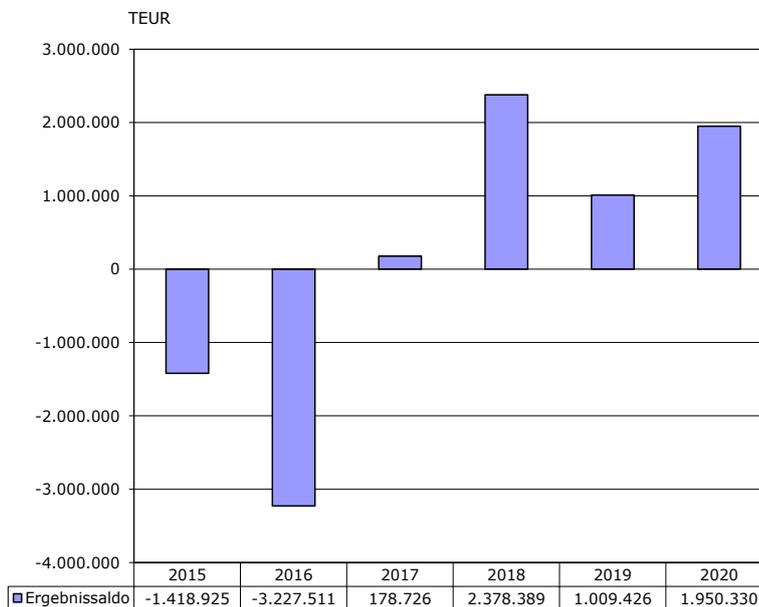
Dieser Haushaltsausgleich ist für uns keine Worthülse. Sie können es am Punkt 4 der Übersicht sehen. Es gibt im Haushaltsplan 2017 keine Verwaltungsvorschläge beim Ausbau von freiwilligen Leistungen, die nicht gegenfinanziert oder wirtschaftlich sind. Das sollte unser gemeinsamer Anspruch sein.

Wenn Sie als Rat Ihr gutes Recht bei Anträgen oder zur Haushaltsgestaltung wahrnehmen, dann wären wir für Finanzierungsvorschläge dankbar. Das wäre ein wichtiger Baustein, der uns hilft, dem gesetzlichen Anspruch zu genügen, den Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung auszugleichen.

Ich möchte Ihnen nun die Eckdaten des Ergebnisplanes 2016 vorstellen:

## Ergebnisplan

Gesamtergebnisplan im Überblick	
2016	
Erträge	187.797 T€
Aufwendungen	187.618 T€
Vergleich zum Vorjahr	
Erträge	12.564 T€
Aufwendungen	9.158 T€
Ergebnis	
<b>Überschuss</b>	<b>179 T€</b>



Auf dem Schaubild können Sie die Entwicklung der Jahresergebnisse erkennen. Der Ergebnisplan zeigt dabei eine positive Tendenz. Diese gute Entwicklung wird auch daran deutlich, dass wir Ihnen heute einen Haushaltsplan vorstellen, der einen Überschuss ausweist. Damit brauchen wir unseren Haushalt nicht mehr vom Kreis Steinfurt genehmigen lassen, sondern müssten unseren Haushalt lediglich der Kommunalaufsicht anzeigen. Aber Vorsicht! Betrachten Sie diese Zahl als eine ganz zarte Pflanze, die schnell wieder verwelken kann.

Wenn sich diese Zahl auch in der Ist-Abrechnung für 2017 bewahrheitet, dann wäre es aber ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt, die verlorenen 100 Mio. € Eigenkapital wieder zu gewinnen.

Das nächste Schaubild zeigt noch einmal diesen dramatischen Eigenkapitalverzehr seit 2006 in Höhe von rd. 108 Mio. €.

## Entwicklung des Eigenkapitals seit NKF

2006 Anfangsbestand 348,4 Mio. €

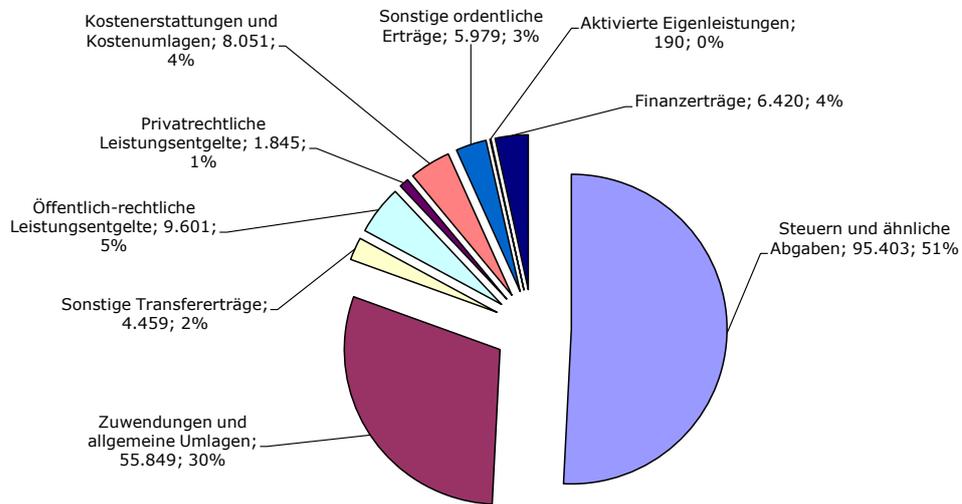
2017 Endbestand 240,1 Mio. €

**Verzehr 108,3 Mio. € (ca. 31 %)**

Es wäre zu wünschen, wenn am Ende des Jahres wieder eine Zuführung zur Ausgleichsrücklage gelingen könnte.

Schauen wir uns nun die Ertragsseite an. Hier möchte ich Ihnen die wichtigsten Einnahmepositionen der Stadt Rheine erläutern.

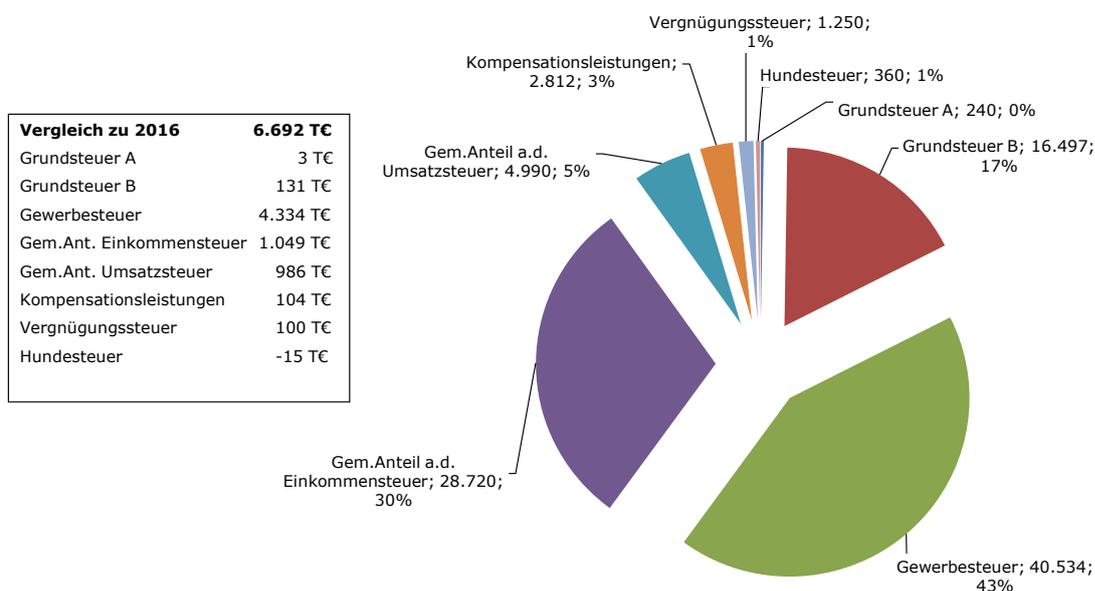
### Erträge 2017 in TEUR



Wie in den Vorjahren bleiben die Steuern und ähnlichen Abgaben die wichtigste Ertragskomponente. Das Steueraufkommen in Höhe von 95,4 Mio. € entspricht rund 51 % der gesamten Erträge.

Schauen wir uns daher die Steuerzusammensetzung noch einmal genauer an.

## Steuern 2017 in TEUR



Wichtigste Steuerquelle bleibt auch 2017 die Gewerbesteuer mit einem Aufkommen in Höhe von 40,5 Mio. €. Das sind rund 43 % der gesamten Steuererträge.

Die Hebesätze für die Realsteuern beabsichtigen wir in 2017 konstant zu halten. Die derzeitigen Hebesätze für die

Grundsteuer A 310 v.H.  
 Grundsteuer B 600 v.H.  
 Gewerbesteuer 430 v.H.

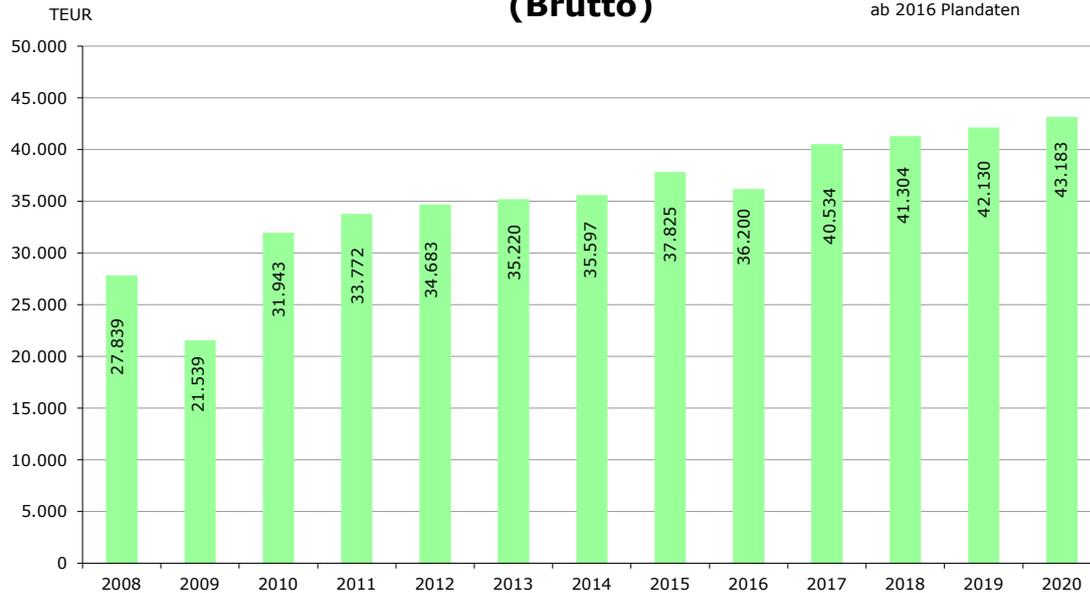
werden somit unverändert bleiben.

In der Anlage zur heutigen Vorlage haben wir Ihnen einen Hebesatzvergleich der großen kreisangehörigen Städte in NRW beigefügt. 2016 befanden wir uns im Mittelfeld der Steuersätze.

Das folgende Schaubild zeigt die Entwicklung der Gewerbesteuer:

## Entwicklung Gewerbesteuer (Brutto)

bis 2015 Ergebnisse  
ab 2016 Plandaten

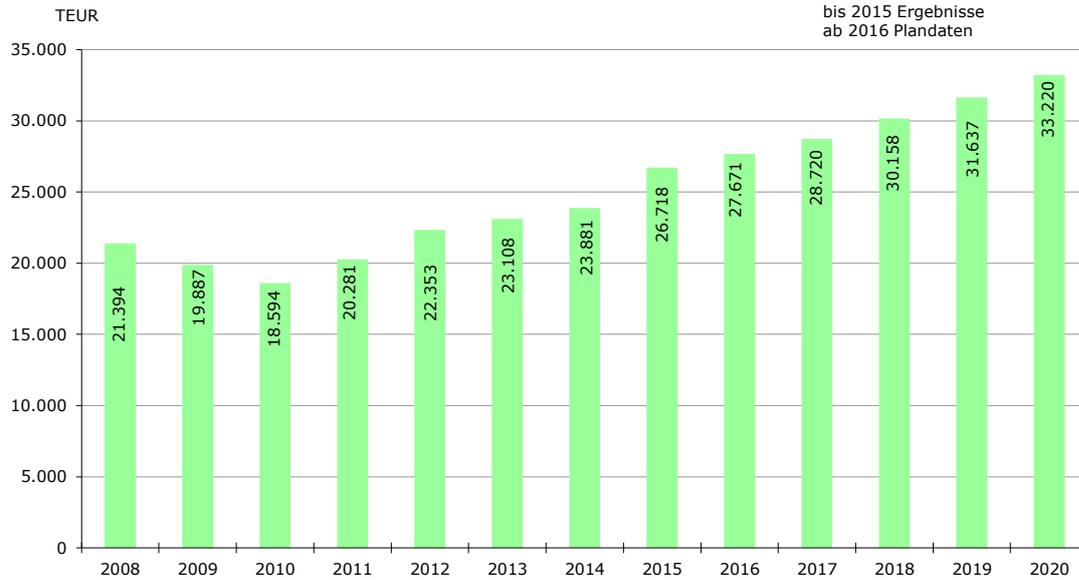


Keine Steuerart ist so schwer zu kalkulieren wie die Gewerbesteuer. Bereits ein Unternehmen könnte die Planungen vollständig durcheinanderwerfen. Aus den vergangenen Jahren haben wir aber eine stetige Verbesserung bei dieser Position feststellen können. Im nächsten Jahr rechnen wir aufgrund der aktuellen Bescheidlage planerisch mit einem Mehraufkommen von rd. 4,3 Mio. € Gewerbesteuer. Das wäre ein Gesamtaufkommen i. H. v. rd. 40,5 Mio. € Gewerbesteuer. Als vorsichtige Kaufleute sind wir bei der Planung noch 1 % unter den Orientierungsdaten des Landes NRW geblieben.

Ein derartiges Aufkommen hat es in Rheine noch nicht gegeben. Ein Dank an dieser Stelle auch an die Unternehmen und ihre Mitarbeiter/-innen, die dazu beigetragen haben!

Leider bleibt durch die verschiedensten Anrechnungsverfahren und Umlagen nur ein Bruchteil der Gewerbesteuer im Stadtsäckel. Die Gewerbesteuer hilft uns aber insbesondere in der Liquidität und bleibt ein wichtiges Element, um vom Tropf des Landes unabhängiger zu werden.

## Entwicklung Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer



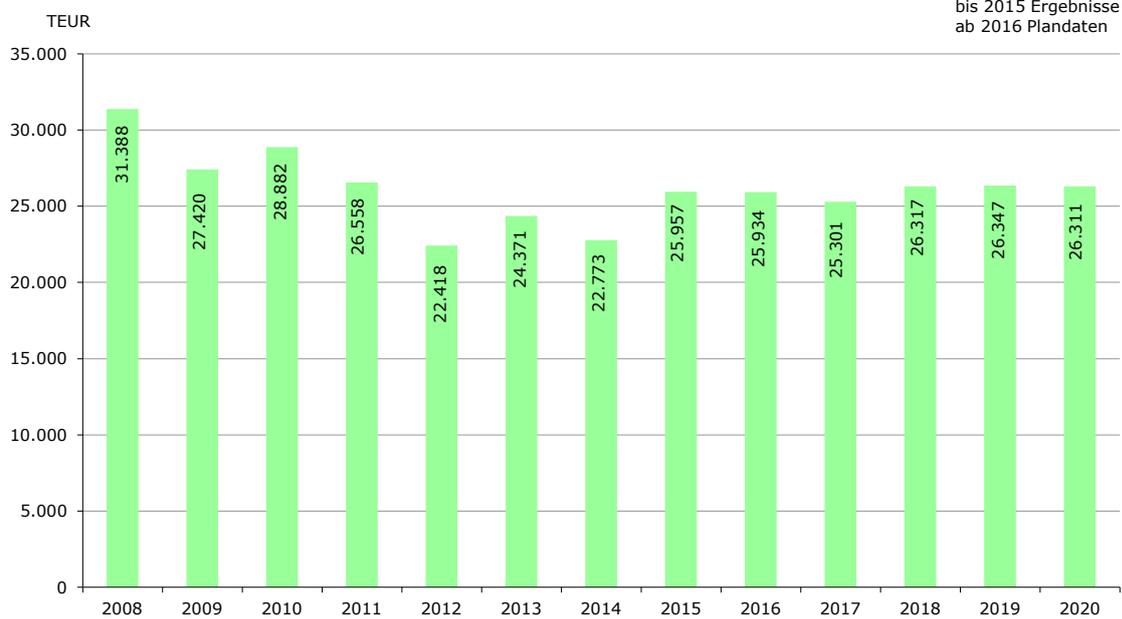
Wie in den Vorjahren haben wir auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigende Erträge zu erwarten. Die Rheinenserinnen und Rheinenser haben erfreulicherweise durchschnittlich mehr verdient als im Vorjahr. Die Planung wurde auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung errechnet. Der Ansatz wird mit 28,7 Mio. € um rd. 1,0 Mio. € oberhalb des Ansatzes von 2016 liegen.

Neben der Gewerbesteuer ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach wie vor ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Steuerkraft. Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergeben rund 73 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Rheine. Beide Steuerarten sind in ihrem Aufkommen direkt von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig.

Wenn die Bundesregierung Steuersenkungen umsetzen möchte, dann gehört zur Wahrheit auch, dass diese Auswirkungen auf unsere kommunalen Haushalte haben wird. Die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer werden dann sinken. Ein weiterer Grund unsere Aufwandsseite immer kritisch zu betrachten, um Mindereinnahmen aufzufangen.

Ein anderer wesentlicher Punkt in der Refinanzierung der gemeindlichen Leistungen sind die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen des Landes NRW.

## Entwicklung Schlüsselzuweisung

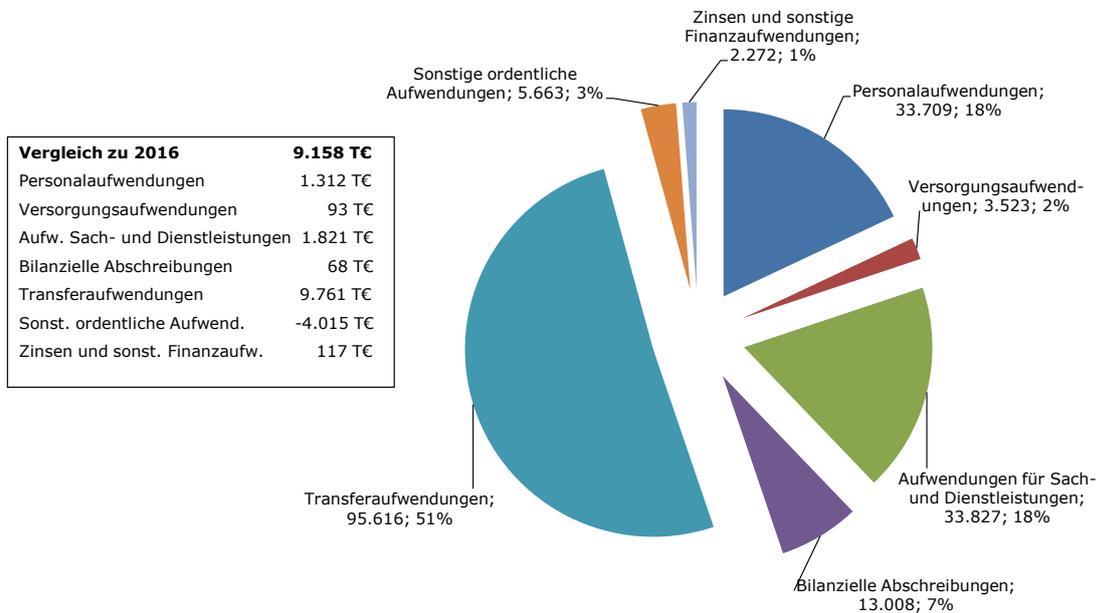


Bei den Schlüsselzuweisungen wird es für 2017 zu einem Rückgang um rd. 633 Tsd. € auf 25,3 Mio. € kommen. Dieser Rückgang lässt sich u.a. mit der in Rheine gestiegenen Steuerkraft erklären. Das ist zunächst eine erfreuliche Feststellung. Planerisch haben wir aber mit einem Plus von rd. 3,3 Mio. € Schlüsselzuweisungen gerechnet. Die Verschlechterung gegenüber den bisherigen Planungsannahmen beruht in erster Linie auf der reduzierten Finanzausgleichsmasse gegenüber den bisherigen Daten für 2017. Unser NRW-Finanzminister scheint bei der Planung grundsätzlich ein optimistischer Mensch zu sein. Die Wirklichkeit holt uns aber regelmäßig ein.

Ich möchte aber noch einmal auf eines der Grundübel beim GFG hinweisen. Dieses liegt in den zu verteilenden Schlüsselzuweisungen - der sogenannten Verbundmasse -. Das Land NRW stellt 23 Prozent seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer den Kommunen zur Verfügung. Dieser Anteil lag Mitte der 80er Jahre noch bei 28,5 Prozent. Gemessen an den aktuellen GFG Zahlen werden somit den NRW-Kommunen lt. Städte- und Gemeindebund jährlich über 2 Mrd. € entzogen. Es ist kein Zufall, dass die Absenkung des Verbundsatzes in den GFG der Jahre 1982, 1983 und 1986 zeitlich auch den Beginn des Aufwuchses der Kommunalverschuldung in Nordrhein-Westfalen markiert.

Das nächste Bild zeigt die Zusammensetzung der Aufwandsblöcke. Auf dieser Seite der Medaille liegt weiterhin unser Kernproblem. Wichtigste Aufwandsarten sind weiterhin die Transferaufwendungen, die von den Sach- und Dienstleistungen sowie den Personalaufwendungen gefolgt werden.

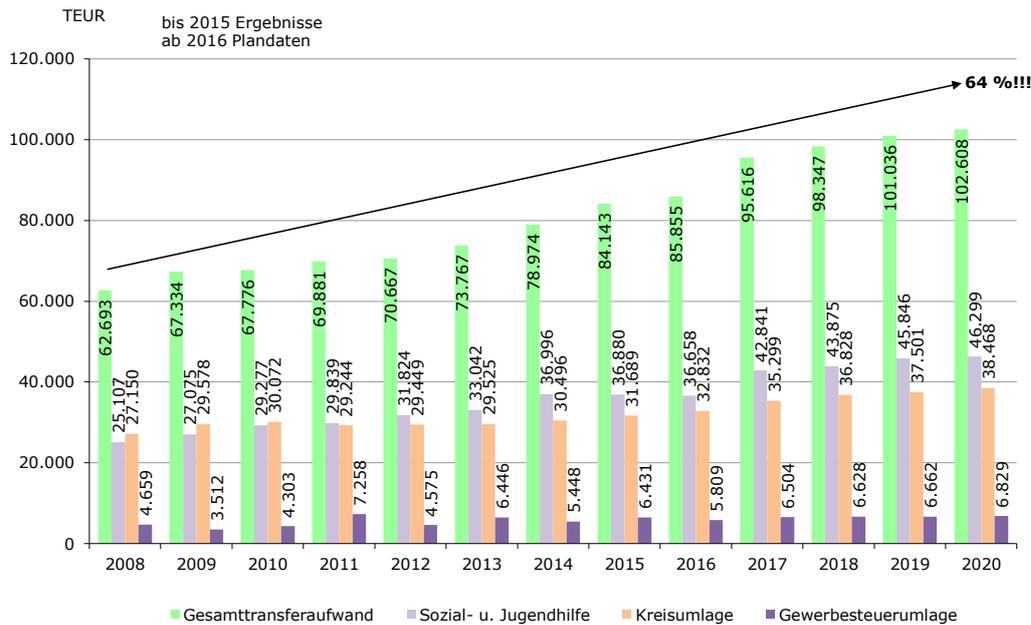
### Aufwendungen 2017 in TEUR



### Transferaufwendungen

Lassen Sie uns die Berichtszeile 15 „Transferaufwendungen“ im Gesamtergebnisplan 2017 gesondert betrachten:

## Entwicklung Transferaufwand



Wir planen im Jahr 2017 mit einer in dieser Größenordnung noch nie dagewesenen Steigerungsrate von fast 10 Mio. €. Die Transferaufwendungen sind dabei mit einem Betrag in Höhe von über 95,6 Mio. € auf der Aufwandsseite der bestimmende Posten. Die Transferaufwendungen setzen sich insbesondere aus den Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen, der Kreisumlage sowie der Gewerbesteuerumlage zusammen. Diese Steigerungsrate sind bei einem Einbruch der Konjunktur nicht annähernd aufzufangen.

Allein im Bereich Kita gibt es eine Steigerungsrate von über 2,0 Mio. €. Die Transferaufwendungen für den Bereich der Kinderbetreuung liegen mittlerweile bei rd. 23,3 Mio. €. Wir alle wissen, dass durch Elternbeiträge und die Landesmittel allenfalls 50 % gegenfinanziert sind. Das verbleibende Defizit muss von der Allgemeinheit im Haushalt getragen werden.

Auch der Bereich Hilfe zur Erziehung und Inobhutnahme wächst um 1,4 Mio. €. Diese Mehraufwendungen werden jedoch durch Erstattungen des Bundes refinanziert.

Im Fachbereich 2 steckt auch noch eine große Unbekannte, die noch zu einer weiteren Belastung unseres Haushaltes führen kann. Wir planen den Anteil der Stadt Rheine an den kommunalen Kosten des SGB II für das Jahr 2017 mit 2,7 Mio. €. Nach der Satzung des Kreises Steinfurt beteiligen wir uns mit 50 % an den kommunalen Kosten des SGB II. Wir als Stadt Rheine gehen davon aus, dass der Kreis die geplante Erhöhung der Bundesbeteiligung vollständig zur Entlastung der Kommunen einsetzt. Wir haben daher den Ansatz von 4,1 Mio. € auf 2,7 Mio. € bei dieser Position heruntergenommen. Der Eckdatenentwurf des Kreises spiegelt diese Sichtweise der Stadt Rheine nicht. Der Kreis rechnet in 2017 mit einem deutlichen Anstieg der Bedarfsgemeinschaften. Unklar ist, warum der Kreis trotz Hochkonjunktur und einer starken Steuerkraft in Verbindung mit historisch niedrigen Arbeitslosenständen von

steigenden Bedarfsgemeinschaften ausgeht. Nicht in das Bild passt dazu eine Pressemitteilung des Kreises, wo man über sinkende Bedarfsgemeinschaften im Kreis Steinfurt berichtet. Es ist aus Sicht der 24 Kommunen nicht nachvollziehbar, warum es bei den günstigen Rahmenbedingungen, die es im Kreis Steinfurt gibt, nicht gelingt, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zurückzuführen oder zumindest auf Stand zu halten. Der Blick über den Tellerrand lohnt. Die Kreise Coesfeld und Borken zeigen wie es besser geht. Die Zunahme durch Flüchtlinge spielt hierbei übrigens nur eine Nebenrolle, denn hier erfolgt eine Refinanzierung durch Bundesmittel.

Diese Problematik wird unser Sozialdezernent Raimund Gausmann noch in die Fachausschussberatungen des Sozialausschusses einbringen. Hier gibt es einen deutlichen Dissens zum Haushalt des Kreises. Es kann somit noch zu einer zusätzlichen Verschlechterung von rd. 1,2 Mio. € im SGB II Bereich kommen.

Zum Kreishaushalt sieht das ursprüngliche Eckdatenschreiben des Kreiskämmerers für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Kreishaushalt vor, der ohne eine Nettoneuverschuldung auskommt. Die Kreisverwaltung plant aktuell jedoch den Hebesatz für die Kreisumlage um 1,3 % Punkte auf 34,25 % zu erhöhen. Der Zahlbetrag der Kreisumlage wird damit aufgrund des Mitnahmeeffektes durch höhere Umlagegrundlagen sowie der höheren Kreisumlage sich gegenüber 2016 um rd. 2,5 Mio. € auf dann rd. 35 Mio. € jährlich erhöhen. Auch wenn es überspitzt klingt, aber so viel Kopierpapier können wir nicht sparen.

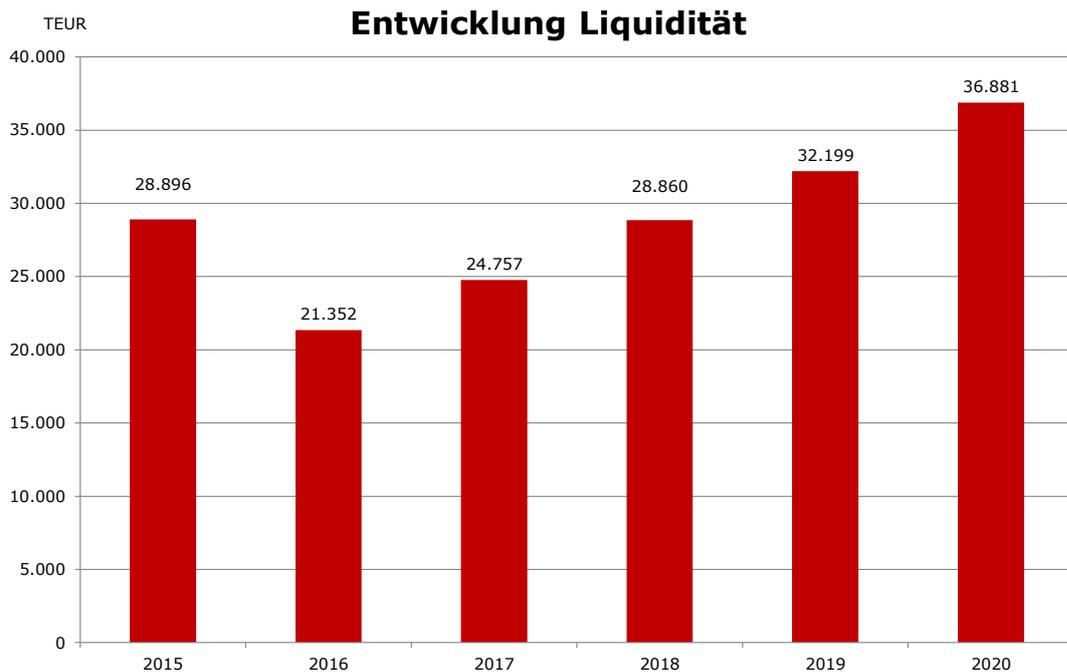
Man muss dem Kreis zugutehalten, dass auch er von einem Umlageverband, dem LWL abhängig ist. Steigerungsraten von jährlich mehr als 100 Mio. € beim LWL allein für die Eingliederungshilfe werden alle Kommunen auf Dauer überfordern. Hier muss durch politischen Beschluss langfristig sichergestellt werden, dass die Eingliederungshilfen aus Bundes- bzw. Landesmitteln zu 100 % refinanziert werden. Eine Zugangssteuerung oder eine Standardreduzierung in diesen Bereichen, darf jedoch auf keinen Fall zu weiteren Belastungen bei den Kommunen führen. Hier sind die Vertreter aller Parteien in der Verantwortung, Bremsen einzubauen und einen weiteren Anstieg dieser Aufwendungen zu vermeiden. Die Steigerungsraten fallen nicht vom Himmel. Der LWL Direktor Matthias Löb weist jedes Jahr auf diese Entwicklung hin. Beim LWL gibt es jedenfalls noch jede Menge finanziellen Explosionsstoff für uns Kommunen.

Auch die geplanten Stellenausweitungen von rd. 50 zusätzlichen Stellen beim Kreis Steinfurt gehören auf dem Prüfstand. 11 kreisangehörige Gemeinden haben nicht einmal 50 Beschäftigte!

Für das Haushaltsjahr 2017 werden sich voraussichtlich 7 von 24 Kommunen im Kreis Steinfurt in der Haushaltssicherung befinden. Nur vier Kommunen haben für 2016 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Neun Kommunen hatten zum Ende 2015 ihre Ausgleichsrücklage aufgebraucht und in hohem Maß Eigenkapital verzehrt.

Für Rheine würde jeder Prozentpunkt bei der Kreisumlage eine Veränderung i. H. v. ca. 1,0 Mio. € bedeuten. Nur am Rande sei angemerkt, dass der Kreis Borken seinen Kommunen in diesem Jahr mehr als 4,0 Mio. € Kreisumlage zurückerstattet.

Wie sieht nun die Entwicklung der liquiden Mittel aus:

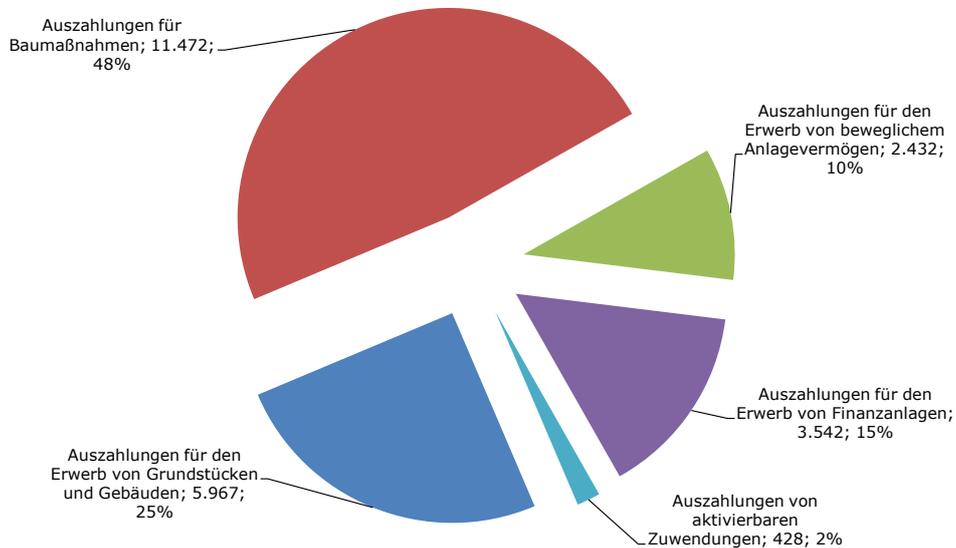


Nach heutigem Stand werden wir auch das Jahr 2017 mit eigenen Finanzmitteln schultern können und keine Liquiditätskredite in Anspruch nehmen müssen. Die Liquiditätsentwicklung kann als sehr geordnet und solide betrachtet werden.

Wir sind auch 2017 bestrebt, überschüssige Liquidität zur Absicherung der Pensionslasten einzusetzen oder im Konzern Stadt, z.B. der städt. Wohnungsgesellschaft oder den Technischen Betrieben, bei Bedarf und je nach Möglichkeit interne Darlehen zu gewähren mit dem Ziel, die Zinslast konzernweit zu senken bevor man sich am Kapitalmarkt bedient.

Das nächste Schaubild zeigt die Zusammensetzung des Investitionshaushaltes:

### Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 2017 in TEUR



Wenn Sie mit offenen Augen durch Rheine fahren, sehen Sie an vielen Stellen im Stadtgebiet Baukräne stehen. Rheine ist in Bewegung. Auch wir als Stadt Rheine werden wieder erheblich in unsere Infrastruktur investieren. Insgesamt stehen für Investitionen rund 23,8 Mio. € zur Verfügung. Wir investieren also immer noch deutlich mehr wie Abschreibungen (rd. 13 Mio. €) unseren Haushalt belasten. An dieser Zahl wird deutlich, dass es nicht nur um Erneuerung in Rheine geht, sondern auch um Wachstum. Darüber können wir uns freuen.

Neben dem Bau von Straßen in neuen Siedlungs- und Gewerbegebieten sind wiederum umfangreiche Hochbaumaßnahmen geplant. Hier seien nur einige Beispiele genannt:

- Neubau der Feuerwehr rechts der Ems / Rettungswache (Fertigstellung 2018),
- Fortsetzung der Umbau- bzw. Ergänzungsbaumaßnahme an der Nelson-Mandela-Schule Sekundarschule der Stadt Rheine,
- Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen für die Bodelschwinghschule,
- Erweiterung der Euregio-Gesamtschule um 6 Klassenräume und Nebenräume,
- Planung einer weiteren Kindertageseinrichtung.

Bei verschiedenen Baumaßnahmen helfen uns auch Fördermittel im erheblichen Maße. Das Land NRW hat das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz beschlossen. Hiernach erhält die Stadt Rheine rd. 4,0 Mio. € aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln. An Eigenanteilen sind 10 % aufzubringen.

Sie haben in der heutigen Sitzung auch über eine Verwendung dieser Mittel beschlossen. Das Geld des Bundes hilft uns sehr, verschiedene geplante Maßnahmen durchzuführen und gleichzeitig unseren Haushalt zu entlasten. Ein Dank dafür zum Geldgeber Berlin!

Was das Landesprogramm „Gute Schule 2020“ betrifft, liegen uns bis heute noch keine Förderbestimmungen vor. Das Förderprogramm soll in Verbindung mit der NRW.BANK lt. Aussage der Landesregierung Anfang 2017 starten. Hier müssen in Düsseldorf scheinbar noch Hausaufgaben gemacht werden. Diese Mittel haben wir als vorsichtige Kaufleute daher auch noch nicht im Haushalt eingeplant. Sollten die Parameter der Förderung bis zu den Fachausschussberatungen feststehen, werden wir diese Mittel natürlich auch für unsere Schulen einsetzen wollen.

### **Absicherung Pensionslasten**

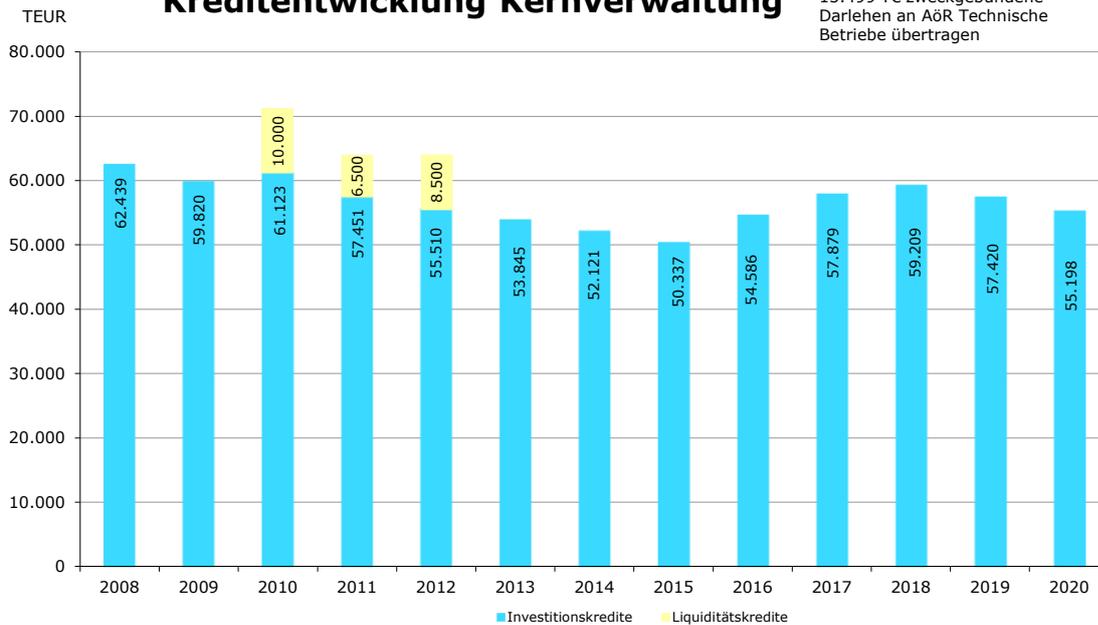
Ende 2015 betragen die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen der Stadt Rheine rd. 99 Mio. €. Das sind Forderungen, die wir zu erfüllen haben. In jeder meiner Haushaltsreden habe ich auf das Damoklesschwert dieser Pensionslasten hingewiesen.

Derzeit zahlen wir rund 3,5 Mio. € an unsere städtischen Pensionärinnen und Pensionäre. Wir wissen schon, dass wir in nicht einmal 30 Jahren jährlich Pensionen in Höhe von rund 10 Mio. € - zu Lasten unseres Haushaltes - ausschütten müssen. Es ist dringender denn je, hier einen Kapitalstock aufzubauen, der uns in späteren Jahren eine Entlastung des Haushaltes verspricht. Das ist unser aller Verantwortung. Wir haben daher 2014 erstmalig in Finanzanlagen zur Absicherung der Pensionen 3 Mio. € investiert. Für 2015 und 2016 konnten wir leider keinen Finanzmittelüberschuss ausweisen und durften somit keine Vorsorge für die Beamtenpensionen betreiben. 2017 wird es uns rechnerisch wieder möglich sein, unseren Kapitalstock zur Absicherung der Pensionslasten investiv um rd. 700 Tsd. € aufzustocken.

Wie entwickeln sich nun 2017 die Kreditverpflichtungen der Stadt Rheine?

## Kreditentwicklung Kernverwaltung

Hinweis für 2008:  
15.499 T€ zweckgebundene  
Darlehen an AöR Technische  
Betriebe übertragen



Rein rechnerisch ergibt sich für das Jahr 2017 eine Netto-Neuverschuldung i. H. v. 3,3 Mio. €. Einer in 2017 geplanten Kreditaufnahme i. H. v. 5,2 Mio. € stehen feststehende Tilgungsleistungen i. H. v. 1,9 Mio. € entgegen.

Die in der Haushaltssatzung 2017 zu verankernde Kreditaufnahme wäre zunächst nur eine Ermächtigung. Ob eine Aufnahme tatsächlich erforderlich ist, wird sich erst im Haushaltsvollzug zeigen. Im Jahr 2016 haben wir die Kreditermächtigung bisher nicht gebraucht. Ich gehe davon aus, dass wir in der Kernverwaltung zum Jahresabschluss 2016 deshalb unter 50 Mio. € Kreditverbindlichkeiten liegen werden.

Die Kreditverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten unserer rechtlich selbständigen Anstalt des öffentlichen Rechtes TBR – Stand am 31.12.2015 = 39,9 Mio. € - sind in dieser Betrachtung nicht enthalten.

### Fazit zum Haushaltsplan 2017

Mit dem vorgelegten Haushalt können wir 2017 viele wichtige Maßnahmen umsetzen, Infrastruktur vorhalten oder die vielschichtigen Institutionen und Einrichtungen, die zum Gemeinwohl in unserer Stadt beitragen, unterstützen.

Auch wenn es bis zur Verabschiedung dieses Haushaltes im Februar 2017 noch Veränderungen in beide Richtungen geben wird, hat es mir als Kämmerer Freude bereitet, Ihnen heute einen strukturell ausgeglichenen Haushalt 2017 vorzulegen. Es ist der erste seit über 10 Jahren in Rheine.

Dieser Haushaltsplanentwurf liegt über der Wasserkante und ist generationengerecht!

Wir sollten aber bei aller Euphorie nicht vergessen, weiter an der Haushaltskonsolidierung zu arbeiten. Es kommen wieder andere Zeiten auf der Ertragsseite und dann muss der Aufwand idealerweise den sinkenden Erträgen angepasst sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

#### **Was macht uns weiterhin Sorgen:**



- Der Eigenkapitalverzehr in Höhe von **-108,1 Mio. €** seit 2006 (Umstellung NKF)
- Die innerhalb eines Jahres um rd. 10 Mio. € steigenden Transferaufwendungen!
- planerisch notwendige Netto-Neuverschuldung

#### **Die positiven Seiten zum Haushalt 2017 in Kürze:**



- Erstmals zum Zeitpunkt der Einbringung ein strukturell ausgeglichener Haushalt!
- Alle geplanten Investitionen können umgesetzt werden
- Keine Kürzung bei den freiwilligen Aufgaben
- jederzeitige Zahlungsbereitschaft (Liquidität)

Ich möchte mich zum Abschluss noch einmal recht herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen und Organisationseinheiten und insbesondere bei Herrn Wullkotte und seiner Mannschaft für die gute Unterstützung zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes bedanken. Herzlichen Dank!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute und erfolgreiche Beratungen.